



VORWÄRTS



sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen Linkspartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nummer 153

Februar 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

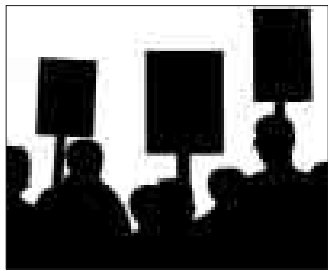
Österreich



Vom Bürgerschreck zur bürgerlichen Partei

Die Grünen entwickeln sich rasant vom Bürgerschreck zur bürgerlichen Partei. Das Parteiprogramm scheint sich zunehmend auf einen Punkt zu reduzieren: Mitregieren, mit wem auch immer, wobei auch immer. Seite 2

Betrieb & Gewerkschaft



Kämpfen lohnt sich

Die KollegInnen des Wiener Jugendamtes (MA 11) konnten durch eine entschlossene Dienststellenversammlung massiven Personalabbau und Verschlechterungen vorerst abwenden. SEITE 3

Schwerpunkt



Am Schweideweg: Linkspartei in Deutschland

Chancen und Risiken des Projekts Linkspartei in Deutschland. Was bedeutet das für Österreich? SEITEN 4/5

Internationales



Bolivien: Wie weit geht der Linksruck?

Nach dem Wahlsieg von Evo Morales, stellt sich die Frage: "Wie weit geht der Linksruck?" Morales steht unter enormen Druck – sowohl der eigenen Basis als auch der Multis. SEITE 7



Privatisierung = Postraub Streik ist gerechtfertigt

“Volksaktien” und “Mitarbeiterbeteiligung” sind Betrug!

von Harald Mahrer, SLP Wien

Obwohl es im ÖGB eine breite Stimmung gegen den Börsengang gibt, gingen bis zum 19.1. nur 500 Postler auf die Straße. Das Problem liegt auf der Hand. Die Gewerkschaftsführung lehnt die Privatisierung eigentlich gar nicht ab und scheint deshalb zu echtem Widerstand unfähig. Der Grund: Falsche Rücksicht auf eine neoliberale SPÖ, die in den 1990er Jahren selbst entsprechende Privatisierungsgesetze beschlossen und die Verstaatlichte zerschlagen hat. Wir fordern: Nein zu jeder Privatisierung, Abwehr des Börsengangs durch Streik und keine Rücksichtnahme der Gewerkschaften auf die neoliberale SPÖ!

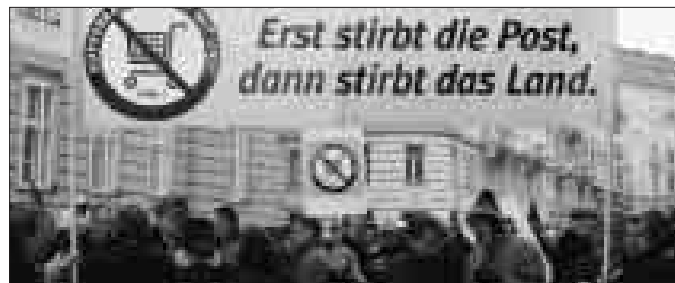
AKTIEN BRINGEN ALLEN WAS?

Die schwarz-orange Regierung wird nicht müde, der Bevölkerung und der Post-Belegschaft den Börsengang der Post schmackhaft zu machen. Alle würden gewinnen, der Staat, das Unternehmen, die Kundenschaft und die Belegschaft – Post-Aktien bringen allen was, lautet der ständig wiederholte Leitspruch der Minister und Staatssekretäre.

Die Realität sieht anders aus: Der Großteil der Aktien wird in den Händen von Spekulanten landen, deren einziges Interesse der (schnelle) Profit ist. Dabei ist völlig egal, ob es sich um "österreichische" oder

"ausländische" Spekulanten handelt. Das Unternehmen wird noch stärker auf dieses Ziel ausgerichtet, wurden doch bereits im Namen der Effizienz (gemeint ist Profit) beinahe jedes zweite Postamt geschlossen und jeder vierte Arbeitsplatz vernichtet. Dass gerade ein Börsengang diesen Trend umkehren sollte, ist völlig absurd.

Wie sinnvoll und sicher sogenannte "Volksaktien" sind,



mussten tausende deutsche ArbeitnehmerInnen, die ihr Ersparnis in Telekom-Aktien investierten, leidvoll erfahren. Ende der 1990er ging die deutsche Telekom-Aktie zurück, vor allem die Kleinanleger konnten das nicht aussitzen und verloren große Beträge.

Eine Mitarbeiterbeteiligung würde die Lage für die Belegschaft verschärfen: Sie steht dann vor der Wahl, weiteren Kürzungen zuzustimmen, um ihr Ersparnis zu retten oder Kürzungen zu verhindern, auf Kosten ihrer Aktien. Dieses "Spiel" können sich die KollegInnen, die im Schnitt zwischen EUR 1.100,- und 1.300,- netto verdienen, schlicht und einfach nicht leisten.

PRIVATISIERUNG KEINE ERFOLGSGESCHICHTE

Die Regierung verkauft die Privatisierungen als Erfolgsgeschichte. Die Unternehmen stünden hervorragend da, heißt es. Doch wer hat etwas von den gut dastehenden Unternehmen? Dem Staat entgehen jährlich hunderte Millionen an Dividenden, seit dem Beginn der Privatisierungen in

geld sparen, absurd ist. Wer zahlt denn nun die Arbeitslosenunterstützung für die entlassenen KollegInnen? Wohl kaum die Konzernherren in Britannien.

STREIK VON UNTEN AUFBAUEN

Dass mit harmlosen Protestmärschen dieser Regierung nicht beizukommen ist, können die KollegInnen der VA-Tech aus Linz aus eigener Erfahrung berichten. Viele KollegInnen bei der Post "riechen" den Braten. Sie verstehen, dass nicht die Verschiebung des Börsengangs, möglichst günstige Mitarbeiterbeteiligungen oder "Arbeitsplatzgarantien" notwendig sind, sondern das Stoppen der Privatisierung und die Wiedereinstellung tausender "abgebauter" KollegInnen, damit der enorme Arbeitsdruck wieder nachlässt. Die in den Medien kolportieren 30 Krankenstandstage sind erstens völlig übertrieben, weil da dauerhaft Kranke reingerechnet werden, die anders als in anderen Bereichen, nicht einfach gekündigt werden können und zweitens sind sie Resultat von permanenten Mobbing (damit die KollegInnen kündigen) und dem unmenschlichen Arbeitsdruck.

Die Gewerkschaftsspitze hat schon dutzende Male bewiesen, dass sie weder willens noch fähig ist, derartige Forderungen durchzusetzen. Streiks gab es selten und wenn nur

aufgrund massiven Drucks von unten. Will die Postbelegschaft ihre berechtigten Forderungen durchsetzen, bedarf es einer anderen Gangart. Druck von unten muss durch Dienststellenversammlungen, Protestresolutionen und Anrufe in der Gewerkschaftszentrale aufgebaut werden. Damit dies nicht wieder verpufft, wie beispielsweise beim Eisenbahnerstreik, der gegen den Willen der Belegschaft zu früh abgebrochen wurde, ist auch die Formierung von Aktionsgruppen an den einzelnen Dienststellen notwendig. Diese Gruppen können das Rückgrat einer Streikbewegung bilden, die mittels österreichweiten Belegschaftskonferenzen, über Ziele, Art und Dauer von Kampfmaßnahmen entscheiden.

PLATTFORM FÜR KÄMPFERISCHE & DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften setzt genau da an. Sie will KollegInnen, die selbst etwas verändern wollen, zusammenbringen und so ein Netzwerk von solidarischen und kämpferischen KollegInnen aufbauen, das sich gegenseitig in Arbeitskämpfen unterstützt. Wenn Sie Interesse an unserer Plattform haben, rufen Sie uns an (01/524 63 10) oder schreiben Sie uns ein E-Mail (wastun@gewerkschaftsplatform.org).

Der Standpunkt

Die Klimtbilder und ihre Rückgabe – ein sozialistisches Dilemma?

von John Evers



Es ist ein – nur scheinbares – Dilemma für SozialistInnen: Die Restitution Millionen schwerer NS-Raubkunst an die gesetzlichen Besitzer, welche diese Kunstwerke gleichzeitig der Öffentlichkeit dauerhaft entziehen könnten.

Selbstverständlich bekämpfen wir grundsätzlich die Privatisierung und Kommerzialisierung von Kunst und Kultur – wie sie neoliberale Regierungen ja vielfach betreiben. Nur warum sollte man hier als SozialistIn ausgerechnet bei der Rückgabe von enteignetem jüdischen Vermögen ansetzen, bei Terrormaßnahmen also, die im direkten Zusammenhang mit den Rassegesetzen der Nazis und den größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte stehen? Genau das tat und tut die Regierung aber, die alle Ansätze der Klägerin Maria Altmann auf eine außergerichtliche Einigung in den Wind schlug, Jahre prozessierte und so nebenbei vier Millionen Euro Steuergelder verprasste. Über die Sinnhaftigkeit der konkreten Form und Verteilung dieser Rückstellungen kann man sicher geteilter Meinung sein (200 Millionen Euro sollen die Klimtgemälde wert sein. Zum Vergleich: Der gesamte Entschädigungsfonds für 19.000 NS-Opfer macht 210 Millionen Dollar aus). Über die Notwendigkeit der umfassenden Entschädigung aller NS-Opfer – im konkreten Fall der Gleichbehandlung mit jedem anderen privaten Kunstbesitzer dem etwas gestohlen wurde – selbst allerdings nicht.

Daneben stellen sich sicher auch noch andere Fragen: Was ist das für eine perverse Welt in der es offensichtlich Menschen gibt, die derartige Preise machen und welche, die es schließlich leisten können, diese zu bezahlen – nur um solche Werke vielleicht "exklusiv" zu besitzen? Was hat die rasante Entwicklung der Kunstpreise mit der wachsenden Polarisierung von Armut und Reichtum zu tun (358 Milliarden besitzen heute soviel wie 2.3 Milliarden Menschen)? Wer hat überhaupt Zugang zur "Kultur"? Und ist nicht zuletzt ein privater Kunstmarkt überhaupt ein schlechter Sachwalter des Weltkulturerbes ...

Impressum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes
 Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Mag. Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung Vorwärts hat John Evers inne. Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP. Auflage: Entsprechend der Thematik unterschiedlich.
 Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Weiters zu 100% im Besitz der SLP befindet sich die sozialistische Gewerkschaftszeitung "Die Einheit".
 Druck: Druckerei Fiona, Wien;
 Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
 DVR: 0820202
 Zulassungsnummer: 327808W97U
 Abo-Zahlungen & Spenden:
 PSK 8812.733

Vom Bürgerschreck zur bürgerlichen Partei

Grüne wollen 2006 an die Macht – mit wem ist ihnen eigentlich egal

von John Evers, SLP Wien

Grüne Wirtschaftsphilosophie aktuell: "So lange gewährleistet ist, dass die Briefzustellung im Dienste der Kunden – vor allem am Land – erfolgt, ist mir sekundär, ob der Staat mit Mehrheit oder Minderheit oder auf längere Sicht überhaupt nicht beteiligt ist." Grünen Chef Van der Bellen weiter: "Wenig Sympathie habe er aber auch für die Vorgehensweise der Postgewerkschaft, die das Unternehmen offenbar als 'Selbstbedienungsladen' sehen, so der Bundessprecher" auf www.gruene.at. Die Position der Grünen zur Postprivatisierung und ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit sind kein Zufall. Sie sind Ausdruck für die Haltung einer inzwischen zutiefst bürgerlichen Partei, die offen sagt, dass sie vor allem nur mehr eines will: Mitregieren, sowie gegebenenfalls mitprivatisieren und mitkürzen.

KEINE LAGERPARTEI

Grüne machen "grüne Politik", man sei keine "Lagerpartei" (Peter Pilz) – solche oder so ähnliche Schlagworte erhalten Journalisten auf die Frage, mit wem die Partei eigentlich regieren wolle. Tatsächlich bedeutet "grüne Politik" in der Praxis, dass noch bestehende fortschrittliche Restbestände in Verhandlungen – z.B. der Wahlkampfstrategie "Grundsicherung in Wien" – einfach fallengelassen werden. Statt-

dessen sollen jetzt, gemeinsam mit der SPÖ, in der Bundeshauptstadt halt 33 Stadtverschönerungsprojekte (oder so ähnlich) verwirklicht. Noch deutlicher ist freilich das Beispiel Oberösterreich. Die Grünen – immerhin in einer Koalition mit der ÖVP – sind sich dort nicht zu dumm über die Kürzungspolitik der ÖVP im Bund heranzuziehen. Gleichzeitig setzen sie diese dann – zum Beispiel bei der Streichung von LehrerInnenposten – gemeinsam mit der ÖVP im Land um. Im scheinbaren Gegensatz dazu werden dafür geradezu "lächerliche" Erfolgsmeldungen verbreitet. So bringe – lt. Grüner Presseausendung – die Novelle zum OÖ Straßengesetz eine "verstärkte Demokratisierung." Denn: "Werbeplakate bis zu einer Größe von A0" sollen "nicht nur für Wahlen, sondern auch für Volksbegehren und Volksbefragungen ohne ausdrückliche Zustimmung aufgestellt werden dürfen." Deutlich zeichnen sich jedenfalls hier die Konturen einer etwaigen grünen Regierungspolitik ab: Angebliche neoliberale Sachzwänge werden dominieren, dafür dürfen ein paar grüne Funktionäre ihre Lieblingsprojekte umsetzen. Die deutlichste Warnung vor Hoffnungen in eine linke Politik der österreichischen Grünen bietet freilich ihre Rolle auf europäischer Ebene. Grün-Abgeordneter Voggenhuber ist schließlich Mitautor der – gescheiterten – EU-Ver-



Mit dem Rückgrat steht auch bei den Grünen nicht sehr weit: Studiengebühren, Abfängjäger, Grundsicherung. Alle fortschrittlichen Positionen werden auf dem Altar einer möglichen Regierungsbeteiligung geopfert.

fassung welche den freien Markt ebenso festschreiben sollte, wie die Einführung einer EU-Armee.

UND DIE BASIS?

In Wien-Margareten tobt gerade ein Kampf mit der SPÖ-Mehrheit um den Bau einer Tiefgarage in einer Parkanlage. Der Park wurde besetzt – örtliche Grünfunktionäre sind an vorderster Front dabei. Über die tatsächliche strategische Ausrichtung der Grünen im Wahljahr urteilt demgegenüber der Autor einer neu-

erschiedenen "kurzen Geschichte der Grünen" treffend: "Van der Bellen ist kein Freund von Aktionen, also denkt man besser gar nicht darüber nach und außerdem ist man schon aus dem Alter heraus. Man agiert vorwiegend per APA-Aussendung, man wickelt im Parlament routiniert Sonder-sitzungen ab und gibt top-serielle Pressekonferenzen." (der standard, 28.11.2005) In den strategischen Konzepten der Parteiführung stellen somit solche "Basisaktivisten" wohl eher Ballast dar, den man inzwischen lieber heute als mor-

gen (wenn man vielleicht bereits mitregiert?) loswerden will. Umgekehrt gilt es allerdings auch die Frage zu stellen, welche Verantwortung grüne Funktionäre haben, die sich heute noch als Linke betrachten, bzw. so betrachtet werden. Sie könnten eigentlich entscheidend dazu beitragen, dass etwas Neues entsteht, etwas wofür viele die Grünen ursprünglich gegründet hatten. Nämlich eine Partei links von den Etablierten – wozu Van der Bellen, Glawischnig, Voggenhuber und Co. inzwischen schon längst gehören.

EU-Bildungsminister-Treffen in Wien

Widerstand gegen internationalen Bildungsabbau notwendig

von Flo, SLP Linz

Die ArbeiterInnenklasse hat hart für ihr Recht auf Bildung gekämpft und konnte früher dabei große Erfolge erzielen, wie zum Beispiel, den freien Zugang zu Universitäten. Aber was schon unter der großen Koalition von SPÖ und ÖVP begonnen hat, wurde von Schwarz-Blau bzw. mittlerweile Schwarz-Orange im Eiltempo fortgesetzt: In den letzten Jahren wurde Österreich (und auch andere Länder der EU) von einer Welle des Bildungsabbau überschwemmt: Ende der 90er die Stundenkürzungen im Schulbereich, 2001 die Studiengebühren und 2005 die Zugangsbeschränkungen an den Universitäten sind Beispiele dafür.

Wer studieren will, zahlt dafür 363,36 Euro pro Semester. Für Kinder mit wohlhabenden Eltern, wie zum Beispiel Politiker etablierter Parteien oder deren Freunde aus der Wirtschaft, ist das natürlich kein Problem. Aber für eine "normale" ArbeiterInnenfamilie ist das ein Haufen Geld, vor allem wenn mehrere Kinder studie-

ren wollen. Der Trend geht also ganz klar in Richtung Elitenbildung. Die Sündenböcke sind dann, wie so oft (z.B. bei Arbeitslosigkeit oder Kürzungen im Sozialbereich), MigrantInnen, in diesem Fall vor allem deutsche, die in Deutschland keinen Studienplatz bekommen. StudentInnen müssen, um das Studium finanzieren zu können, oft Billigjobs annehmen und werden auch noch als LohndruckerInnen eingesetzt.

Auch die Situation in den Schulen ist nicht gerade rosig: Überfüllte Klassen, kaputte Fenster und Heizungen und veraltete Einrichtung sind die Folge von Kürzungen im Schulbudget. Die LehrerInnen sind durch die großen Klassen zum Teil überfordert und können wegen den Stundenkürzungen nicht genau auf den Stoff eingehen. Private Nachhilfe ist für viele nicht erschwinglich. Wenn Österreich bei der PISA-Studie dann schlecht abschneidet, schieben PolitikerInnen die Schuld (wie so oft) auf "die Ausländer". Die Situation ist natürlich nicht in allen Schu-



len schlecht: Privatschulen sind modern eingerichtet und die Klassen sind wesentlich kleiner. Dafür haben sie auch ihren Preis: Im Privatgymnasium Petrinum in Linz zum Beispiel über 70 Euro pro Monat für jede/n SchülerIn.

Von 13. bis 15. März 2006 treffen sich in Wien die EU-Bildungsminister. Es ist zu erwarten, dass sie über weitere Kürzungen im Bildungssystem diskutieren werden. Wie schon bei den Demos gegen

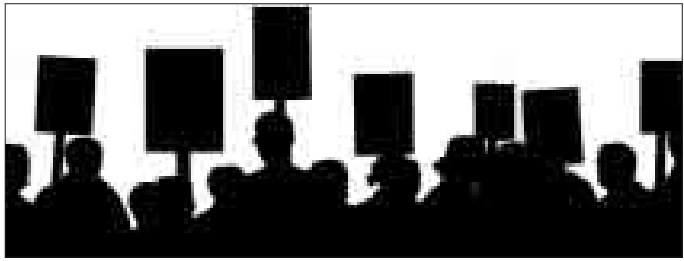
Bildungsabbau am 19.10.05, an denen einige Tausend teilnahmen, ist es auch dieses Mal die Aufgabe von ArbeitnehmerInnen, StudentInnen, SchülerInnen und Lehrlingen, gemeinsam ein Zeichen gegen diese Kürzungen zu setzen. Es ist wichtig, gegen Bildungs- und Sozialabbau aktiv zu werden und eine große Mobilisierung anlässlich des EU-Treffens im März auf die Beine zu stellen!

Die SLP fordert:

- ▶ Eine KlassenschülerInnen-Höchstzahl von 15!
- ▶ Weg mit den Studiengebühren!
- ▶ Keine Zugangsbeschränkungen!
- ▶ Ausbau des Bildungssystems!
- ▶ Geld für bessere Unterrichtsmittel!
- ▶ Rücknahme aller Kürzungen!

Kämpfen zahlt sich aus

Vorläufiger Erfolg für KollegInnen bei der Stadt Wien



Von Laura Rafetseder,
SLP Wien

Kurz vor Weihnachten kam die Hiobsbotschaft: Belastungsausgleich und Personalabbau in den Ämtern für Jugend und Familie MA 11 ("Jugendamt") in Wien.

CRASH-STRATEGIEN

Solche Crash-Strategien, Einsparungen möglichst schnell, reibungslos und ohne jegliche Diskussion über die Bühne zu bringen, gab's schon öfter und sie wurden bisher jedes Jahr mit Erfolg durchgeführt. Völlig überfallsartig und ohne jegliches Mitspracherecht wurden die MitarbeiterInnen im Dezember von der geplanten Änderung informiert. Es sollte zu Personalverschiebungen und Posteneinsparungen kommen. Die Arbeit am Jugendamt ist eine sehr verantwortungsvolle – es geht hier schließlich um Kinderschutz und Gewalt in Familien – die wie uns Medienberichte immer wieder zeigen, bis zum Tod führen kann. Hier ist genaues und gewissenhaftes Arbeiten notwendig. Das heißt mit weniger MitarbeiterInnen steigt die Gefahr, dass etwas passiert, was den Druck für alle SozialarbeiterInnen entsprechend erhöht.

KOLLEGINNEN WEHREN SICH

Sofort nach Ankündigen der Maßnahmen trat die Personal-

vertretung auf den Plan, die bisher in keiner Weise in die geplanten Veränderungen mit eingebunden worden ist und berief sofort eine Dienststellenversammlung ein. Diese war mittelmäßig besucht; es hatte sich zunächst allgemeine Resignation breit gemacht und nur wenige glaubten an die Gewerkschaft und deren ernsthaften Willen, ihre Einflussmöglichkeiten zu nützen. Zwei offizielle Vertreter der GdG (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten) zeigten auch den traditionellen Weg. Sie wollten den Beschluss der Resolutionen, die entsprechende Kampfmaßnahmen beinhalten, aus politischen Gründen zurückhalten und versuchten, zu beschwichtigen. Dies gelang ihnen nicht, es wurde von den TeilnehmerInnen der Dienststellenversammlung mit großer Mehrheit ein Spektrum an Kampfmaßnahmen beschlossen. Die Bemühungen führten vorläufig zum Erfolg. Die geplanten Maßnahmen wurden zur Gänze gestoppt und die Abteilung der MA 11 hat Ende Jänner Gespräche mit der Personalvertretung zugesichert. Für die weitere Zukunft wird es entscheidend sein, wie sich die Gewerkschaftsführung verhält, ob sie den aktuellen Kampf unterstützt oder aus politischen Gründen auf faule Kompromisse einsteigt. Die Solidarität und Unterstützung hat Erfolg gehabt. Der Kampf hat sich bis jetzt gelohnt.



Magerer Abschluss für 60.000 Beschäftigte im Sozialbereich

Die GPA-Zeitung "Kompetenz" schreibt angesichts einer Erhöhung von 2,7 % auf die Kollektivvertragslöhne und 2,65 % auf die Ist-Löhne von einem "Erfolg" bei den Sozial- und Gesundheitsberufen. Die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" lehnt diesen KV-Abschluss ab! Mit 1.1.06 ist die Gehalts- und Lohnerhöhung für die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich in Kraft getreten. Schon in den ersten Monaten 2006 werden viele KollegInnen merken, dass ihre Lebenshaltungskosten

weit höher gestiegen sind als die Gehälter und Löhne. Die Einkommenssituation vieler KollegInnen im Sozialbereich ist durchaus dramatisch. Für viele Beschäftigte insbesondere für allein erziehende Kolleginnen auf Teilzeitbasis ist das Phänomen "working poor" bittere Realität. Daher wurde seitens der Plattform (und des Gewerkschaftlichen Linksblocks) eine Erhöhung der Gehaltstafel um 200 Euro verlangt aber von der Mehrheit des Verhandlungsteams abgelehnt. Doch selbst von der ursprünglichen Forderung der

Gewerkschaften (4,1% Erhöhung der Kollektivvertragsgehälter und 3,9 auf die Ist-Gehälter) war am Ende des Tages leider nicht mehr viel übrig. Kollege Michael Gehmacher – auch SLP Gewerkschaftssprecher – stimmte diesem Abschluss nicht zu, und trat für eine Mobilisierung der Beschäftigten ein, um einen höheren Abschluss zu erreichen. Leider stimmte schließlich die überwältigende Mehrheit der ArbeitnehmerInnenvertreter für diesen Abschluss.

Ihr da oben, ...

Zivildienster billiger als Hunde?

Ein entlaufener Hund der nach einem Tag im Tierheim abgeholt wird kostet 10 Euro für die Verpflegung. Der durchschnittliche Zivildienster bekommt 6 Euro abwärts.

Neue Vorstöße bei Sonntagsarbeit

Vor Weihnachten hat in der Wiener City eine Gruppe von Kaufleuten an Feiertagen offen gehalten. Ebenso versuchte die Firma Spar – die pikanterweise viele ehemalige Konsumfilialen übernommen hatte – in Linz am Bahnhof ein allgemeines Offenhalten durchzusetzen. Die GPA hat leider just in diesem Zusammenhang – und trotz einigen Protesten – ihre stets vorhandene Bereitschaft über das Offenhalten in Tourismusgebieten bekundet.

Schulungen: "Nett, aber zwecklos"

Eine Umfrage der Arbeiterkammer unter Langzeitarbeitslosen ergab u.a. folgende Ergebnisse: "Nur 57 Prozent der Befragten fühlen sich über ihre Rechte und Pflichten ausreichend aufgeklärt. Nicht einmal die Hälfte fühlt sich bei der Jobsuche gut unterstützt. Auffallend: Befragte mit nicht-deutscher Muttersprache fühlen sich häufiger schlecht behandelt. Sinn und Nutzen von Kursen werden vielfach in Frage gestellt. Nur 30 Prozent jener Personen, die eine Schulung absolviert haben, geben an, dass diese im Hinblick auf einen neuen Job etwas bewirkt hat." Kein Wunder: Es werden keine neuen Jobs geschaffen. Das ginge nur durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn.

Seit 2000 schleichende Pensionskürzung

Eine Studie der Arbeiterkammer zeigt die Wirkungen der Pensionspolitik der Regierung: "Die 'schleichende Pensionskürzung' seit dem Jahr 2000 hat – auch unter Berücksichtigung der Steuerreform 2004 – beträchtliche Ausmaße erreicht. Eine im Jahr 2000 neu zuerkannte monatliche Nettopension von EUR 1.215,- (Bruttopension von EUR 1.500,-) hat seit dem bis zum Jahr 2006 rund EUR 93,- an Kaufkraft verloren." Dies entspricht einer Pensionskürzung von etwa 7%. Auch BezieherInnen von Niedrigstrenten sind von diesen Kürzungen betroffen. Eine Pensionistin mit EUR 674,- Nettopension (EUR 700,- brutto) im Jahr 2000 ist seit dem von einer realen Pensionskürzung von ebenfalls rund 6% betroffen. Selbst BezieherInnen von Ausgleichszulagen haben 2000–2005 eine reale Kürzung der jährlichen Nettopension von über EUR 180,- hinnehmen müssen."

Zielpunkt: Ausbeutung für 5,50 Euro

Interview mit einem ehemaligen Teilzeitbeschäftigten bei Zielpunkt/plus

VORWÄRTS: Du hast in 2 Filialen von Zielpunkt bzw. plus in Oberösterreich gearbeitet. Was waren die ersten Eindrücke und deine Aufgaben?

D.: Nachdem ich zur Einschulung hingegangen bin, habe ich sofort zu arbeiten beginnen müssen. Meinen Vertrag habe ich auf einem Kofferraumdeckel im Freien unterschrieben. In der Filiale herrscht ein rüder Umgangston und eine unangenehme Arbeitsatmosphäre. Ein Rayonsleiter sagte gleich zu Beginn, hier solle "jeder Mitarbeiter gegen jeden" stehen. Meine Aufgaben reichten von Brotbacken über Regalbetreuung bis zu Bodenschrubben im Kühlraum.

VORWÄRTS: Wie sah es mit der Entlohnung aus?

D.: Ich wurde Teilzeit für 20h/Woche angestellt und be-

kam eingerechnet der Überstunden im Durchschnitt nur 5,50 Euro pro Stunde netto. Ich musste noch dazu täglich an die 2 Stunden pendeln. Die Kette Zielpunkt/Plus versucht, mit sehr niedrigen Preisen zu punkten. Dafür sollen nicht nur die Mitarbeiter durch Niedriglöhne "zahlen". Als ich begann, wurde gerade umgestellt. Die alte Feinkost mit Bedienung wurde aufgelöst, stattdessen ein Bereich mit nur mehr abgepackter Ware eingerichtet. Kürzlich hat das "Handelsblatt" von großen Gewinnen der Zielpunkt-Kette berichtet.

VORWÄRTS: Du hast mittlerweile dort aufgehört. Was sind deine Schlußfolgerungen?

D.: Ja; letztlich war es ein tragbares Arbeitsklima bei sehr wenig Geld; darum habe ich aufgehört und wieder eine andere Arbeit gesucht. Unser

"Pausenraum" für die ganze Filiale war ein Abstellkammerl mit 2 Sessel und einem kleinen Fenster. Mehr hat drin nicht Platz. Wichtig ist, dass in jedem Betrieb ein Betriebsrat ist. Das ist eine Voraussetzung, wie sich die Beschäftigten gemeinsam zur Wehr setzen können. Mir hat eine ältere Angestellte am Beginn gesagt, es gäbe hier keinen Betriebsrat. Leider ist im Einzelhandel der Anteil an Betriebsräten und ebenso an gewerkschaftlicher Organisation gering. Das zeigt sich dann in derart niedrigen Löhnen und miesen Bedingungen. In jedem Fall sollte man die Rechtsberatung der Arbeiterkammer in Anspruch nehmen, wenn man in der Arbeit schlecht behandelt wird, und auch die Arbeitsverträge sollte man durchchecken lassen.

VORWÄRTS: Danke für das Gespräch.

sozialismustage '06
freitag 31.03. bis sonntag 02.04.2006 . wien

Von Freitag, 31. März – Sonntag, 2. April veranstaltet die Sozialistische Linkspartei (SLP) in Wien ihre Sozialismustage. Es werden drei Tage voller Informationen und Diskussionen zum Widerstand gegen Sozialabbau, Kapitalismus und Krieg, mit marxistischer Theorie und Fragen der EU, sowie des Aufbaus einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendlichen. Neben österreichischen Gästen aus der Gewerkschaftsbewegung, der antifaschistischen/antirassistischen Arbeit und der Frauenarbeit werden auch internationale Gäste teilnehmen.

Hauptdebatten:

- ▶ Billiglöhne, Steuerwettbewerb und Verfassungskrise – Gibt es Alternativen zu EU und Nationalismus?
- ▶ Welche Partei brauchen Arbeitnehmer und Jugendliche heute?
- ▶ Wem nutzt der Krieg gegen den Terrorismus?

- ▶ Freitag, 31. März ab 18⁰⁰ Uhr
- ▶ Samstag, 1. April 10⁰⁰–21⁰⁰ Uhr
- ▶ Sonntag, 2. April 10⁰⁰–18⁰⁰ Uhr

▶ Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8
▶ erreichbar mit U3 Neubaugasse oder U2 Volkstheater

Infos und Anmeldung unter <http://slp.at/index.php/201/>

... wir hier unten!

“Linkspartei” in Deutschland am Scheideweg?

Im Gegensatz zu Österreich existiert in Deutschland heute eine “Linkspartei”.
Ein Bericht über die Chancen und Risiken dieses Projekt.

von Philipp Fleischmann
SLP Wien

Viele ArbeiterInnen und Jugendliche hofften 1998, dass SPD und Grüne auf ihrer Seite stehen würden – im Gegensatz zur abgewählten Kohl-Regierung, die vier Millionen Arbeitslose und 131.000 Millionäre produziert hatte, anstelle wie versprochen “blühende Landschaften” durch die Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland zu schaffen. Doch bereits am Wahlabend wurde der damals neue SPD-Kanzler Schröder vom Chef des Bundes der Deutschen Industriellen (BDI) Henkel persönlich beglückwünscht.

In den nächsten Jahren zeigten Schröder und Fischer (Grüne), dass Henkel sich nicht zu Unrecht gefreut hatte. In der Wirtschaftspolitik wurde der Wunschzettel der Konzerne umgesetzt. Die Körperschaftsteuer (=Gewinnbesteuerung) wurde schrittweise von anfangs 45% auf zur Zeit 25% gesenkt. Die Privatisierungspolitik wurde ungebremst fortgeschrieben. Das Rentensystem, das unter Kohl bereits ausgehöhlt wurde, ist unter Schröder rigoros ausgehebelt worden. Durch die Kapitalisierung der Rentenversicherung werden den Versicherungskonzernen Milliarden in den Rachen geworfen. Und nicht zuletzt: Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg beteiligte sich Deutschland an Krieg und Besetzungen, in Kosovo und Afghanistan.

SOZIALABBAU BRACHT SOZIALE EXPLOSION

Durch die als “Reformen” bezeichneten Sozialabbauprogramme Agenda 2010 und Hartz IV sollte dann das den Konzernen geschenkte Geld von den ArbeitnehmerInnen wieder eingetrieben werden. Vor allem das Hartz-Konzept, benannt nach Volkswagen-Manager und Co-Autor Peter Hartz stieß auf großen Widerstand. Es war ein Konzept, um die Ausbeutungsmöglichkeiten der Arbeitgeber zu optimieren, und wurde in vier Schritten umgesetzt. Arbeitslose müssen jetzt einen Euro Stundenlohn (zusätzlich zu Leistungen des Arbeitsamts) akzeptieren und somit als Lohndrücker wirken, Ich-AGs gründen, und wer länger als ein halbes Jahr arbeitslos ist, verliert die Versicherungsleistung und bekommt nur im Bedarfsfall eine Art Sozialhilfe (ALG II) von ca. 340 EUR. Ab Sommer 2004 entwickelte sich dagegen die Bewegung der Montagsdemos, die wöchentlich in vielen Städten Deutschlands von Arbeitnehmern und Erwerbslosen organisiert wurden. Vor allem in den “neuen” Bundesländern erreichten sie Massencharakter.

Und bereits im Frühjahr 2004 entwickelte sich gewerkschaftlicher Widerstand. Nach Großdemos in Berlin, nach dem Streik der IG Metall ge-



gen eine Arbeitszeitverlängerung setzten erste GewerkschafterInnen und Linke die Initiative für die Gründung einer “Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit”.

EINE NEUE KRAFT ENTSTEHT: DIE WASG

Zu viele Gewerkschaftsmitglieder hatten den Sozialabbau satt, als dass vor allem basisnähere GewerkschaftsfunktionärInnen sich noch geschlossen hinter die SPD stellen hätten können. Eine linke Alternative auf Wahlebene? Genau das erhofften sich auch viele der MontagsdemonstrantInnen, denen bald bewusst wurde, dass Demonstrationen allein zu wenig waren. So stieg die Mitgliederzahl der Initiative, die ursprünglich von FunktionärInnen zum Druckausüben auf die SPD gegründet wurde, rasch an und ihr Charakter wurde kämpferischer. Von Anfang an unterstützte die SAV-Sozialistische Alternative, Schwesterorganisation der SLP in Deutschland den Prozess der Bildung dieser Wahlalternative. Die WASG hat und wird weiterhin zur Bewusstseinsbildung unter breiteren Schichten der ArbeiterInnenklasse massiv beigetragen, und hat das Potential, eine Struktur zu schaffen, die die Grundlage für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei darstellen könnte.

OSKAR LAFONTAINE: VON SCHRÖDERS FINANZMINISTER ZUR LINKEN HOFFNUNG?

Zum ersten Mal trat die WASG im Frühjahr

2005 zu den Wahlen in Nordrhein-Westfalen an, und schaffte aus dem Stand einen Achtungserfolg von 2,2%. Darauf aufbauend bot sich Oskar Lafontaine, ehemaliger Finanzminister und Bundesvorsitzender der SPD, als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl an, unter der Bedingung einer gemeinsamen Kandidatur von WASG und PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus). Lafontaine war, nachdem er 1999 als Finanzminister zurückgetreten war, in der Öffentlichkeit als Repräsentant einer etwas “lin-



keren” Strömung in der SPD bekannt.

Als Finanzminister hatte er noch der Senkung der Steuern für Unternehmer, und der endgültigen Streichung der Vermögenssteuer zugestimmt. Doch trotzdem wurde er von Schröder als “wirtschaftsfeindlich” bezeichnet. Nach seinem Rücktritt kritisierte er die deutsche Beteiligung am Kosovokrieg und wandte sich gegen die arbeitnehmerfeindlichen “Reformen”. Er ist ein Symbol für die Linke, aber seine Konzepte bieten keine tragfähigen Alternative. Zurecht thematisieren SozialistInnen in der WASG “die Begrenztheit des Keynesianismus der 70er Jahre (z.B. schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme)”. Doch dazu später. Durch Lafontaine wurde ein Thema brennend: Die Frage der gemeinsamen Kandidatur mit der PDS.

PDS

Die PDS vertritt heute mindestens genauso wenig eine sozialistische Politik, wie ihre Vorgängerpartei SED, welche die DDR regierte. Die PDS hat durch ihre Regierungsbeteiligung in mehreren ostdeutschen Bundesländern gezeigt, dass das massive Sozialabbau nicht ausschließt. Die Berliner so genannte Rot-Rote Regierung hat zum Beispiel den Kollektivvertrag der Städtischen Bediensteten aufgekündigt und die Löhne um ca. 10% gesenkt, mehr als 20.000 1-EUR-Jobs wurden eingeführt. So werden im Gartenbauamt zum Beispiel reguläre Arbeits-



plätze durch Ein-Euro-Jobber ersetzt. Abbau von 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst: bis 2012 ist der weitere Abbau von 18.000 Stellen geplant.

In Anbetracht dieser Praxis sanken die Aussichten der PDS, die es in 15 Jahren nicht geschafft hat, sich nennenswerte Verankerung in Westdeutschland aufzubauen, im Herbst 2005 die 5%-Hürde zu schaffen. Daher war ihr Wunsch, mit der WASG zusammenzugehen, vor allem ein technokratischer: die WASG, der in Wahlumfragen oft weit über 10% vorausgesagt wurden, sollte die nötigen Stimmen bringen, die PDS den Apparat.

Nichtsdestotrotz gibt es in der PDS Aktivisten, die im Kampf gegen den Sozialabbau eine wichtige Rolle spielen, bzw. spielen können. Insofern ist eine Fusionsdiskussion, wenn sie auf Grundlage von richtigen, politischen Bedingungen stattfindet, sinnvoll. Die Chance, die gesamte PDS von ihrem Kurs Richtung etablierter Partei abzubringen ist gering. Teile, die sich schon jetzt zum Teil enttäuscht von der Führung abwenden für einen gemeinsamen Kampf zu gewinnen, durchaus leicht möglich.

DIE EINHEIT DER LINKEN

Somit stand und steht das Thema an, welches den Neuformungsprozess von Arbeiterparteien überall begleitet: Die Einheit der Linken. Wer ist aller links in der heutigen Zeit? Und wer ist ehemaligen sozialdemokratischen oder stalinistischen Funktionären vielleicht zu links, und schadet angeblich der Bewegung? Oskar Lafontaines Bekanntheit und eine vereinte Kandidatur mit der PDS brachten das Potential, viel mehr Menschen zu erreichen. Aber sie brachten auch die Gefahr, durch die Praxis der PDS diskreditiert und durch die Programmatik von Lafontaine und PDS Richtung Kompromissen mit neoliberalen Parteien und letztlich zu einem Verzicht auf zentrale Grundsätze gedrängt zu werden. Dazwischen galt es abzuwägen. Die SAV setzte sich dabei dafür ein, dass ein Kurswechsel in der Regierungspolitik der PDS zur Voraussetzung für die Zusammenarbeit gemacht werden sollte. Kleinsten gemeinsamen Nenner sollte der kompromisslose Kampf gegen den Sozialabbau sein. Letztendlich wurde beschlossen, eine Vereinigungsdiskussion zu beginnen, die ergebnisoffen und umfassend sein sollte.

Zu den Bundestagswahlen im Herbst 2005

Die Schwesterpartei der SLP, die SAV fasst ihre Positionen in den Debatten um den weiteren Kurs der WASG so zusammen. Unterstrichen wird, dass wir

- ▶ den Kurs der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung sehr kritisch sehen (z.B. die Nichtunterstützung der Montagsdemonstrationen),
- ▶ die Begrenztheit des Keynesianismus der 70er Jahre betonen (z.B. schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme),
- ▶ sich stark für demokratische Elemente in der WASG-Satzung ausgesprochen haben (z.B. ein Recht, politische Plattformen innerhalb der Partei zu bilden)
- ▶ die Vereinigung zwischen WASG und Linkspartei mit der Forderung nach einer konsequenten Abkehr der Linkspartei von der sozialen Kahlschlags- und Privatisierungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin verbinden und
- ▶ kritisieren, dass permanent von zukünftigen Koalitionen mit der SPD und Regierungsbeteiligungen geredet wird, statt sich auf eine kämpferische Oppositionspolitik im Interesse von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und RentnerInnen zu konzentrieren

Aus: Stellungnahme der Sozialistischen Alternative (SAV)-Kassel zum Artikel des WASG-Bundesvorstandsmitglieds Murat Cakir vom 26.12.2005 “Am Scheideweg (1)”, <http://www.sozialistische-alternative.de/index.php?name=News&sid=1503>

kandidierten WASG-KandidatInnen auf den Listen der zur "Linkspartei" (das sollte der Vereinigungsname werden) umbenannten PDS. Diese Liste war die einzige wirkliche Gewinnerin der Wahlen. Mit 8,7% ist sie aus dem Stand mit über 50 Mandaten im Parlament vertreten.

Das zeigt, welches Potenzial für eine neue ArbeiterInnenpartei in Deutschland existiert.

Doch vor den Wahlen waren laut Umfragen weit über 10% drinnen. Lafontaine und Gysi hatten das Potential nicht ausschöpfen können. Schon im Wahlkampf hatten sie die ersten Prinzipien über Bord geworfen. Während PDS und WASG über einen Mindestlohn zwischen 1.400 und 1.500 Euro diskutieren, erklärte Lafontaine öffentlich, er wäre für 800 Euro. Nicht zuletzt, dass die PDS in Berlin ihre Politik nicht änderte, deutete für viele an, dass das Projekt "Linkspartei" doch auch wieder nur eine Partei, wie man sie kennt, werden würde: Populistische Reden für die ArbeiterInnenrechte, in der Praxis Umsetzung von Kapitalistenwünschen.

INSTITUTIONENWEG STATT KÄMPFE

Tatsächlich besteht diese Gefahr. Aber es ist durchaus möglich, das zu verhindern. Das beweisen die aktuellen internen Debatten in der WASG. Während die Spitze um Klaus Ernst fast diskussionslos und ohne die Bedingung, den Sozialabbau zu beenden, mit der PDS fusionieren will, spricht sich zum Beispiel der Berliner Landesvorstand relativ klar gegen auch nur eine gemeinsame Kandidatur bei den bevorstehenden Berliner Wahlen aus, sollte die PDS keinen Richtungswechsel vollziehen. Hier bahnt sich eine richtungsweisende Auseinandersetzung an: Murat Cakir, Sprecher des WASG-Bundesvorstandes kündigte an, er möchte möglicherweise mit Ausschlüssen dafür sorgen, dass der Berliner Landesverband "auf Linie" gebracht wird. Cakir und andere versuchen auch, die Opposition gegen die PDS-Politik und eine Fusion ohne Festlegung auf ein bedingungsloses Ablehnen von Sozialabbau als Art selbstsüchtiges Eigeninteresse der SAV darzustellen. Obwohl der Berliner Beschluss auf einer Versammlung getroffen wurde, auf der von 157 Delegierten nur 12 SAVlerInnen waren.

Diese Auseinandersetzung drückt vor allem eine unterschiedliche Orientierung in verschiedenen Schichten der WASG-Mitgliedschaft aus. Die Orientierung der Parteispitze ist geprägt

von den Ideen und Erfahrungen von einigen Spitzen-Gewerkschaftsfunktionären, die in der SPD nicht unwichtige Rollen spielten und sich eine Entwicklung Richtung einem Regierungseintritt und einer Koalition mit der SPD vorstellen. Sie haben immer noch die Illusion, dass es möglich ist, im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft einfach an der Regierungsverantwortung eine arbeitnehmerInnenfreundliche Politik zu betreiben. Und das, obwohl sogar Oskar Lafontaine am eigenen Leib erfahren hat, dass das nicht möglich ist.



Stefan Kimmerle, SAV, erklärt das so: "Oskar Lafontaine steht für eine keynesianistische Wirtschaftspolitik. Mit staatlichen Interventionen, zum Beispiel mit Investitionsprogrammen, soll der Kapitalismus besser gemanagt werden als von den Kapitalisten selbst. An diesem Punkt trifft sich seine Haltung mit der der bisherigen WASG-Bundesvorständler.

Angesichts der neoliberalen Einheitspolitik (der absoluten Unterordnung aller Entscheidungen unter den freien Handel) erscheint das schon als Alternative. Nur: Diese keynesianistische Politik führte in den 60er und 70er Jahren zu einer massiven Staatsverschuldung und zur dadurch gestiegenen Macht der Kreditgeber, das heißt der Finanzmärkte und ihrer Instrumente. Das bereitete unmittelbar "Globalisierung" und Neoliberalismus vor.

Lafontaines Rücktritt 1999 drückte das Schei-

tern dieser Politik unter heutigen Bedingungen aus: Als Lafontaine zur Finanzierung staatlicher Eingriffe mit dem Gedanken spielte, die Wirtschaft – aber auch nur in engen Grenzen – höher zu besteuern, brach "eine Revolution des Kapitals" (Handelsblatt) aus. Kapitalabzug wurde angedroht, Investitionsboykott stand im Raum, massiver Druck wurde entwickelt. Was Konzerne wie Daimler oder Siemens mit einzelnen Belegschaften machen – Drohung von Verlagerung nach Tschechien, Ungarn, China oder sonst wo – das drohen Banken und Konzerne

auch Regierungen, die nicht auf ihrer Linie liegen. Und was war Lafontaines Antwort darauf? Er sprach öffentlich davon, dass die SPD gedacht habe, sie sei an der Macht, dabei wäre sie nur an der Regierung. Dann kapitulierte er. Es ist durchaus möglich, auch trotz solcher Drohungen und Kampfansagen des Kapitals an die Profite der Banken und Konzerne heran zu kommen. Aber dazu muss die Frage von gesellschaftlicher Kontrolle über Produktion und Verteilung aufgeworfen werden: Wenn Siemens damit droht, nach Tschechien zu gehen, dann hilft nur ein gemeinsamer, internationaler Kampf der Beschäftigten für den Erhalt und Ausbau der Produktion gemäß den Bedürfnissen der Menschen. Die Entscheidung, was mit dem von Beschäftigten produzierten Reichtum, ihren Betrieben und so weiter geschieht, darf

nicht von einer kleinen Minderheit der Aktionäre oder Eigentümer entschieden werden. Die Familie Siemens – geschätztes Vermögen 13 Milliarden Euro – wird den Hals nie voll genug bekommen. Die Diktatur der Profite muss gebrochen werden.

Doch genau diesen Schritt wollen weder WASG-Führung, geschweige denn Lafontaine gehen. Und damit sind ihre wirtschaftlichen Konzepte auf Sand gebaut."

Dagegen sind viele Basismitglieder über die Proteste gegen Hartz IV politisiert worden. Ihnen geht es in erster Linie um ein Sprachrohr für ihre Anliegen, und viele sind skeptisch gegenüber politischen Zugeständnissen an die PDS. Das zeigt sich nicht zuletzt verstärkt in der Debatte um die Berliner Kandidatur.

Was nötig wäre, ist eine wesentlich stärkere Orientierung der Partei auf Mobilisierungen und Kämpfe. Aus dem Kampf gegen Hartz IV ist erst die Basis für die WASG entstanden, und eine Etablierung, egal ob mit oder ohne PDS, als neue ArbeiterInnenpartei wird nur über ArbeiterInnenkämpfe möglich sein.

POTENTIAL

Die Entwicklung der "Linkspartei" ist am Scheideweg. Sollte die PDS ohne auf ihren Kurs zu verzichten die WASG einfach schnupfen, wäre der Weg für eine weitere neoliberale Partei im sozialen Mäntelchen geebnet. Doch die Ereignisse der letzten Monate erlauben auch eine andere Perspektive: Sollten sich in der WASG jene Kräfte durchsetzen, die den Widerstand gegen jeden Sozialabbau, egal von wem durchgeführt, als Grundpfeiler erhalten wollen, dann könnte sich diese Partei an die Spitze der kommenden Kämpfe gegen die Kürzungen der neuen CDU-SPD-Regierung setzen und diesen somit eine bedeutend bessere Ausgangsbasis verschaffen. Dass auch die bürgerlichen Medien der Debatte in der WASG so viel Bedeutung schenken, zeugt davon, dass diese Option durchaus nicht unrealistisch ist.

Was dann als nächstes am Tapet stehen würde, und was auch heute schon in den Diskussionen eine Rolle spielt, ist die Frage nach der Alternative zum Sozialabbau. Hier muss in den Kämpfen für eine Überwindung des Kapitalismus und eine sozialistische, an den Bedürfnissen, nicht den Profiten orientierte, demokratische Planwirtschaft argumentiert werden.

Linkspartei in Österreich – aber welche?

von Laura Rafetseder, SLP Wien

Das Beispiel Deutschland zeigt, was möglich aber auch nötig ist. Nämlich eine neue Partei, die tatsächlich die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen vertritt. Der Erfolg der KPÖ-Steiermark bei den steirischen Wahlen hat dem Wunsch nach einer neuen Kraft von und für ArbeitnehmerInnen Ausdruck verliehen, aber das Potential keineswegs voll ausgeschöpft. Meinungsforscher räumen einem Projekt links von SPÖ und Grünen bei Wahlen bis zu 20% der Stimmen ein! Bei den Nationalratswahlen im Herbst 2006 wäre die Kandidatur einer solchen Kraft mehr als notwendig – allein schon um dem eventuell neuerlichem Vormarsch einer noch weiter nach rechts gerückten FPÖ etwas entgegenzustellen.

KP STEIERMARK – WARUM NICHT "KÄMPFEN STATT HELFEN"?

Der Wahlerfolg der KP-Steiermark war ein interessantes Signal. Er hat gezeigt, dass linke Politik nicht "an sich" ein Minderheitenprogramm ist, sondern eine ernstzunehmende Alternative sein kann. Die FPÖ hat aufgrund des KP-Erfolgs den Einzug in den Landtag nicht geschafft. Die Politik der KP-Steiermark bietet positive Anknüpfungspunkte, hat aber auch grundlegende Schwächen. Ein wichtiger Grund für den Erfolg der steirischen KP ist die Arbeit von Ernest Kaltenecker. Kaltenecker wirkt angesichts der bürgerlichen Parteienlandschaft als einziger Politiker ehrlich und um die Interessen der "einfachen Menschen" bemüht. Er legt seine Konten offen und bereichert sich nicht aus Steuermitteln. Die KP-Steiermark bezieht für die Interessen von ArbeitnehmerIn-

nen Stellung – zuletzt z.B. gegen Privatisierung wie die der Post oder Kürzungen im Gesundheitssystem. Darin unterscheidet sie sich bereits von allen anderen Parteien. Leider nimmt sie das nicht als Anlass für eine Mobilisierung gegen diese Maßnahmen – und sie erklärt auch nicht wie das Gesundheitssystem oder der öffentliche Sektor finanziert werden können. Hätte die KPÖ Steiermark ihre Positionen genutzt um für einen Streikbeschluss der Postgewerkschaft aufzurufen und in den Gewerkschaften Widerstand zu organisieren, hätte das Auswirkungen auf die gesamte Bundespolitik gehabt. Hinter der Tatsache, dass sie das nicht tut, steht eine Politik, die in dem Slogan "Helfen statt Reden" auf den Punkt gebracht wird. Aber Sozialabbau und Privatisierung lassen sich nicht "weghelfen" – sie lassen sich nur bekämpfen. Nicht zuletzt wegen dieses Konzeptes konnte die KP-Steiermark die Erfolge auf der Wahlebene nicht gleichermaßen in den Aufbau einer aktiven und kämpferischen Partei umlegen. Die Gewinnung neuer Mitglieder und AktivistInnen auf allen Ebenen ist jedoch notwendig, da Verbesserungen eben nicht nur durch Arbeit in den Gremien oder "Helfen" erreicht werden können. Die WählerInnen-Basis der steirischen KPÖ ist nicht stabil; sie hat viele Vorschusslorbeeren erhalten. Sie wird in Zukunft an Ihrer realen Politik gemessen werden und das hat Bedeutung für die gesamte ArbeiterInnenbewegung in Österreich.

BUNDES-KP UND "LINKE"

Die Bundes-KPÖ unterscheidet sich durchaus von der steirischen KP, versucht aber auf der Kaltenecker-Erfolgswelle mitzuschwimmen. Das funktioniert allerdings nur sehr be-

grenzt. Auch wenn die KPÖ bei den Wiener Wahlen nach langen Jahren wieder zwei Bezirksratsmandate erhalten hat, ist sie weit entfernt davon, sich irgendwie in der ArbeiterInnenklasse zu verankern. Bundes-KPÖ und Wiener KPÖ wollen das auch gar nicht: Sie setzen auf die ominöse "Zivilgesellschaft" – also jene akademischen Schichten, die bereits von Teilen der SPÖ und vor allem den Grünen heiß umkämpft werden. Die KPÖ versucht, immer wieder "neue" Projekte zu gründen, die sie zum einen selbst dominiert und zum anderen kaum etwas mit den realen Bewegungen und Klassenkämpfen zu tun hat. Sie verzichtet zudem als "Kommunistische" Partei darauf, in Wahlkämpfen und Kampagnen die Frage nach sozialistischen Alternativen zum Kapitalismus auch nur aufzuwerfen.

WELCHE BEDINGUNGEN FÜR NEUE ARBEITERINNENPARTEI?

Besonders die KP-Steiermark kann in Zukunft eine starke Mitverantwortung haben, an Vorschlägen für die Entstehung einer neuen bundesweiten sowie international organisierten Kraft mitzuwirken. Aber wie muss neue Partei von und für ArbeitnehmerInnen aussehen? Eine solche Partei braucht offene, demokratische Strukturen, die Einzelpersonen und Organisationen eine Teilnahme ermöglichen. Sie muss eine aktive, kämpferische Partei sein, die sich an Bewegungen und Klassenkämpfen nicht nur beteiligt, sondern sie auch initiieren und anführen kann. Und sie muss Sozialabbau jeder Art ablehnen und bekämpfen – und das ist der Grund, warum sie letztlich ein sozialistisches Programm braucht. Denn ein konsequenter Kampf gegen Sozialabbau ist nur mög-

lich, wenn mit der Sachzwanglogik des Kapitalismus gebrochen wird. Diese Punkte erfüllen sowohl Bundes-KP und "Linke", sowie auch die KP-Steiermark nur ansatzweise. Wir sind zum Beispiel davon überzeugt, dass ein betont anti-kapitalistisches Auftreten kaum jemanden von der Wahl der steirischen KP abgeschreckt hätte – stattdessen vergibt die KP-Steiermark eine Chance, sozialistischen Ideen eine Plattform zu geben.

NEUE FORMATIONEN – EIN PROZESS

Die SLP geht im Moment davon aus, bei den Nationalratswahlen 2006 als unabhängige sozialistische Kraft anzutreten. Wir bilanzieren unsere bisherigen Kandidaturen bei Wahlen positiv, weil es uns gelungen ist, Wahlkämpfe dazu zu benutzen, unsere Ideen einzubringen und ArbeitnehmerInnen und Jugendliche dafür zu interessieren und zu gewinnen. Wir würden uns bei den kommenden Wahlen allerdings auch an einem neuen Projekt beteiligen, wenn es einen Schritt in Richtung Neue ArbeiterInnenpartei repräsentiert – auch wenn es (noch) kein sozialistisches Programm hat. Aber wir würden für ein solches Programm eintreten und kämpfen. Eine solche neue Kraft kann nicht per Dekret aus dem Boden gestampft werden. Ihre Entstehung ist ein Prozess, der natürlich von Organisationen oder Personen angestoßen werden kann. Allerdings wird eine neue linke Kraft nur dann ein wirkliches Echo unter ArbeiterInnen und Jugendlichen finden, wenn sie aus sozialen Bewegungen, Streiks und Klassenkämpfen entsteht und mehr repräsentiert als einen bloßen Zusammenschluss linker Gruppen.

“Sozialismus oder Barbarei”

Neues Buch über Leo Trotzki – Eine Rezension

von Franz Breier jun.

2005 erschien im Promedia Verlag (Wien) eine Auswahl von Texten des russischen Revolutionärs Trotzki unter dem Titel “Sozialismus oder Barbarei”, herausgegeben von Helmut Dahmer. Gegliedert wurde in drei Abschnitte, wobei Kapitel II “Faschismus und Stalinismus” den Kern von Trotzki Schaffen umfasst. Gleichzeitig wird der Versuch einer Auswertung von Trotzki Positionen unternommen – hier werden allerdings eher alte Vorwürfe und Vorurteile wieder aufgewärmt.

DIE FRAGE DES
PARTEIAUFBAUS

In einem ausführlichen Teil schildert Dahmer einen frühen Konflikt in der Frage des Parteaufbaus zwischen Lenin (dem führenden Kopf der Bolschewiki) und Trotzki. Tatsächlich schloss sich Trotzki erst 1917 den Bolschewiki an und teilte bis zu diesem Zeitpunkt die Kritik anderer Strömungen der russischen Sozialdemokratie an deren verbindlichen Organisationskonzept (Mitglied konnte nur werden wer sich aktiv am Parteileben beteiligte). Doch Dahmers Gegenüberstellung von Trotzki zu Lenin bleibt unvollständig und dadurch fehlerhaft. Trotzki erklärte in späteren Jahren mehrmals seine Korrektur in dieser Frage. Im Jänner 1940 schrieb er “... ich war (konkret im Jahr 1912; Anm.) gegen das Lenin-,Regime’, weil ich noch nicht verstanden hatte, dass eine fest zusammengeschweißte, zentralisierte Partei unentbehrlich ist, um das revolutionäre Ziel zu verwirklichen.” Lenins Vorstellungen darüber hinaus keineswegs – wie sooft unterstellt – darauf ab, die Herrschaft einer kleinen Gruppe Auserwählter

über die ArbeiterInnenschaft zu errichten. Im Gegenteil: Selbst in seinen letzten aktiven Lebensmonaten focht Lenin mit Trotzki gemeinsam für die Wiederrichtung der rätedemokratischen Strukturen und gegen die beginnende bürokratische Selbstherrschaft.

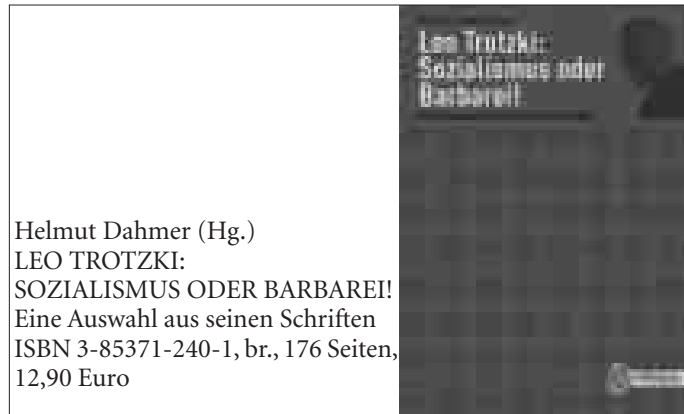
Darin argumentiert Trotzki gegen die Angriffe des deutschen Sozialdemokraten Kautsky auf die Oktoberrevolution. Dieser gibt den Bolschewiki eine Art Generalschuld für den BürgerInnenkrieg ab 1918. Dagegen erklärt Trotzki den internationalen

mokratischen Politik in den alten kapitalistischen Ländern angeschnitten. Diese hatte großen Anteil an der Festigung des Stalinismus.

KAM DIE
REVOLUTION ZU FRÜH?

Dahmer fasst in seinem Vorwort zusammen: “Die bolschewistischen Revolutionäre kamen zu früh, ihr Ausbruchversuch aus dem System der weltweiten Lohnklaverei ist mißlungen.” Das war allerdings genau die damalige Haltung der internationalen Sozialdemokratie – nicht zuletzt der österreichischen – die freilich “vergaß”, dass alle “ihre” Errungenschaften die nach ersten Weltkrieg durchgesetzt werden konnten, mit der Angst des Bürgertums vor “russischen” Verhältnissen zu tun hatte. Die tiefe kapitalistische Krise der 20er und 30er Jahre, sowie die Machergreifung des Faschismus zeigte demgegenüber ebenfalls, dass die Politik der Bolschewiki sehr vorausschauend gewesen war – im Gegensatz zum Glauben, den Sozialismus schrittweise in Europa einführen zu können. Seine ganze pessimistische Grundhaltung legte Dahmer übrigens schon einmal in einem Artikel dar. Dort sprach er von bis zu einem Jahrhundert, bis eine neue sozialistische Bewegung Anlauf nehmen könnte. Diesen Pessimismus mag sich Dahmer leisten können – soziale Bewegungen weisen allerdings ihre eigenen Dynamiken auf. Revolutionäre Marxisten wie Leo Trotzki dachten daher in ganz anderen Kategorien: 1905 musste er als Vorsitzender des Sowjets in St. Petersburg die totale Niederlage einer Revolution, Verfolgung und Vertreibung hinnehmen. Nur zwölf Jahre später kam es schließlich zu einem erneuten Anlauf ...

Helmut Dahmer (Hg.)
LEO TROTZKI:
SOZIALISMUS ODER BARBAREI!
Eine Auswahl aus seinen Schriften
ISBN 3-85371-240-1, br., 176 Seiten,
12,90 Euro



DER BÜRGERKRIEG UND
DIE HINTERGRÜNDE DER
POLITIK TROTZKIS

Die Organisationsstruktur der Bolschewiki war eine Vorbedingung dafür, dass diese Partei in der revolutionären Situation von 1917 – als einzige sozialistische Kraft Europas – die Initiative zum Sturz des Kapitalismus ergreifen konnte. Dem stand in der Folge eine Welle der Konterrevolution gegenüber. Dazu zählten die militärischen Operationen aus dem In- und Ausland, die Wirtschafts-Blockaden sowie die Schwäche des Sowjetstaates aufgrund der Isolation und dem Übergewicht von Land und Bauernschaft gegenüber den städtischen ArbeiterInnen und der Industrie. In den komplizierten Fragen der inneren und äußeren Umstände revolutionärer sowie gegenrevolutionärer Umwälzungen hätte Dahmer sich und uns durch Passagen aus Trotzki Broschüre “Terrorismus und Kommunismus – Anti-Kautsky” (1920) ein umfassenderes Bild ermöglichen können.

Zusammenhang. Die Schärfe des Kampfes in Russland wurde bereits im August 1914 in Deutschland vorherbestimmt, als die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten die Kriegskredite bewilligten. Die Kriegsunterstützung fast aller Parteien der sozialdemokratischen “2. Internationale” verschärfte die Lage der Anti-Kriegs-Bewegung und revolutionären Kräfte. Der Friedensschluss mit Deutschland, den die Oktoberrevolution erzwang, konnte nur teuer und durch Schwächung erkauft werden. Dahmers Vorwort läßt all die internationalen Verwicklungen größtenteils außer Acht. Vor diesem Hintergrund ist das Fehlen von zentralen Texten zu Deutschland (Novemberrevolution 1918 und 20er), China, Frankreich, Spanien, England bitter. Aufgrund der internationalen Gemengelage konnte die Bürokratie in den Sowjetstaaten als Zentralgewalt Fuß fassen. Zumindest im Text über “Die österreichische Krise” (1929) wird die Rolle und das Scheitern der sozialde-

SLP aktiv im Jänner

Linz, 7. Jänner

Die SLP-Ortsgruppe OÖ hält in den Räumlichkeiten der “Werkstatt Frieden und Solidarität” ein Kurzseminar zu drei Themen ab: EU, FPÖ und Umwelt. Jeder Teil wurde von jeweils einem jungen Mitglied der Ortsgruppe in Form eines Referats aufgearbeitet. Die spannenden Diskussionen füllen den gesamten Nachmittag aus. Diese erfolgreiche Form der gemeinsamen Weiterbildung wird sicherlich bald wieder durchgeführt werden.

Salzburg, 12. Jänner

Bericht von Jan Rybak, Zivildienersprecher, Lebenshilfe Salzburg
Am Donnerstag den 12. Jänner trafen sich über 50 Zivildieners aus Stadt und Land Salzburg zur Gründung einer “Plattform für Zivildieners in Salzburg”. Um sich gegen die katastrophale soziale Situation der Zivildieners zu wehren, beginnen sich Zivis zu organisieren. In Österreich gibt es keine offizielle Vertretung

für Zivildieners, die “Lobbying” betreiben könnte. Es ist notwendig eine starke, kämpferische Interessensvertretung der Zivildieners aufzubauen! Dafür wurde nun der Grundstein in Salzburg gelegt.

Es wurde über die aktuelle rechtliche Situation, und die kommenden Grauslichkeiten informiert. Zivildieners müssen sich in Österreich von durchschnittlichen sechs Euro pro Tag ernähren (drei Mahlzeiten plus Getränke). Zukünftig soll die Situation, da eine reine Naturalverpflegung geplant ist, noch mehr verschlimmert werden.

In der Diskussion gaben sich die Zivis sehr kämpferisch: Das Wort Streik war oft zu hören und wurde von vielen als die einzige Möglichkeit zur Erkämpfung des vom Verfassungsgerichtshof festgelegtes Recht gesehen. Die Plattform wurde gegründet und ein Komitee aus aktiven und ehemaligen Zivildieners gewählt. Nächstes Salzburger Zivil-

dienertreffen: 22. Februar 2006 im Saal der Arbeiterkammer Salzburg (Markus-Sittikus-Str. 11) um 20 Uhr.

Wien, 19. Jänner

SLP-AktivistInnen unterstützen den Protestmarsch der Post-Beschäftigten gegen den für März geplanten Börsengang. In einem Flugblatt argumentieren wir, warum ein Streik gerechtfertigt ist, um weitere Verschlechterungen für Beschäftigte und KundInnen zu stoppen. Die Kundgebung der Postgewerkschaft ist relativ schwach besucht. Dies hängt mit der Politik der Gewerkschafts-Führung zusammen. Sie steht politisch auf Linie der SPÖ, die für einen Ausverkauf zu einem späteren Zeitpunkt (wenn sie wieder an der Macht ist?) eintritt. Daher gibt es nur eine kurze Demo, aber keine Arbeitsniederlegung. Die Solidaritäts-Flugblätter und die Zeitung Vorwärts werden von PostlerInnen mitunter sehr positiv auf-

genommen. Am darauffolgenden Freitag findet eine Diskussionsveranstaltung der SLP zu diesem Thema statt.

Sri Lanka, Jänner

Zwei SLP-Mitglieder besuchen im Rahmen eines Urlaubs die dortige Schwestersektion der SLP. Aufgrund von Spenden durch österreichische AktivistInnen kann ein Computer für die Arbeit vor Ort angeschafft und aufgebaut werden. Die Sri Lankesische United Socialist Party hat aufgrund ihrer Arbeit nach dem Tsunami große Bekanntheit und Akzeptanz sowohl in den singhalesischen wie tamilischen Teilen der Insel.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein “All-Inclusive-Abo” eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
“Alte Welt”, Linz, Hauptplatz 4

SALZBURG

jeweils Donnerstag, 19.30 Uhr,
“Shakespeare”, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

jeden Mittwoch um 19 Uhr
SLP Wien West, “Fünfhäuser Stüberl”,
1150 Wien, Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

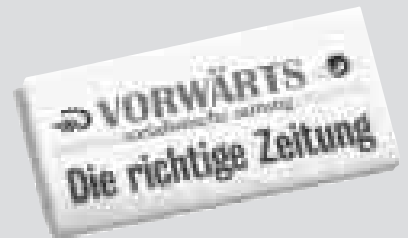
jeden Donnerstag um 18 Uhr
SLP Wien Nord, “Piwnica” (ehem. Peer Gynt), 1200 Wien,
Jägerstraße 38 (U4 Friedensbrücke, U6 Jägerstraße, 5, 33)

jeden Freitag um 18.30 Uhr
SLP Wien Ost, “K-One”,
1030 Wien, Postthorngasse 6, (U3 Rochusgasse)

jeden Freitag um 19 Uhr
SLP Wien Süd, “Bunte Kuh”, 1050 Wien, Siebenbrunneng./
Ecke Zentag. (U4 Pilgramgasse, 12A, 14A)

SWI-Treffpunkt in Wien

jeden Montag um 17.30 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)



VORWÄRTS ist die Zeitung für
Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für
ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld,
aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort “Abo” nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



Die Website der Sozialistischen
LinksPartei – seit Mai in neuem
Gewand, mit mehr und aktuellerem
Inhalt. Jetzt besuchen!



Neues aus dem CWI

Niederlage für EU-Kommission, Triumph für Hafentarbeiter

So lautete die Schlagzeile der renommierten Süddeutschen Zeitung zu den militanten Hafentarbeiterprotesten in Straßburg. 6.000 KollegInnen hatten fast das EU-Parlament gestürmt um die Verabschiedung einer neuen Richtlinie zu verhindern, die tausende Jobs gekostet hätte. Alle Kräne standen still – in Europa waren 40.000 HafentarbeiterInnen im Jänner im Streik. Bereits vor zwei Jahren war es gelungen einen ähnlichen Angriff abzuwehren – auch nun stimmte das EU-Parlament schließlich gegen "Port Package II".

New Yorker Verkehrsstreik

Nichts ging mehr vor Weihnachten im Big Apple. Im Dezember kam es zum ersten Streik seit 25 Jahren im größten öffentlichen Nahverkehrsnetz der USA. Fast drei Tage war der gesamte Verkehrsbetrieb lahmgelegt. 34.000 U-Bahn- und Busbeschäftigte waren im Ausstand. Ende Dezember schloss die Führung der Transportarbeitergewerkschaft mit der Arbeitgeberseite einen neuen Tarifvertrag ab. Dieser sieht in den kommenden drei Jahren Lohnerhöhungen von 10,9 Prozent vor. Allerdings müssen Beschäftigte einen Beitrag in Höhe von 1,5 Prozent ihres Lohns zu ihrer Krankenversicherung leisten. Die Verkehrsbehörde (MTA) sah von ihrem Vorhaben ab, das Renteneintrittsalter von 55 Jahren für neue Beschäftigte anzuheben. Der Staat New York beschaffte sich eine richterliche Verfügung, wonach die Beschäftigten pro Streiktag zwei Tageslöhne Buße zahlen müssen. Die bürgerlichen Medien überschlugen sich beim Versuch, die Streikenden zu diffamieren. Die Gewerkschaftsspitze produzierte leider kein Material, um darauf öffentlich zu antworten. Es wurde auch unterlassen, den Streik auszuweiten und eine Solidaritätskampagne in anderen Branchen zu initiieren.

Neue Ausgabe von sozialismus.info

Aus dem Inhalt des theoretischen Magazins unserer deutschen Schwesterpartei: Welche Aussichten hat die Große Koalition? – Die Frage der Regierungsbeteiligung – Für eine linke Partei mit linker Politik – Eine Bilanz der Grünen – Wohin geht Europa? – Die Arbeit der Vierten Internationale während des 2. Weltkriegs – Buchbesprechungen

Preis: 3,50 Euro – Jetzt bestellen: info@sav-online. Außerdem: "Sozialismustage" in Berlin vom 14.–16. ab. Infos unter: www.sozialismustage.de.

www.socialistworld.net



Präsidentschaftswahlen in Bolivien:

Wie weit geht der Linksruck in Südamerika?

von Nora Brandes,

Mit 51,1% hat Morales, Kandidat der MAS (Bewegung zum Sozialismus) und Führer der Kokabauern die Präsidentschaftswahlen in Bolivien am 18. 12. 2005 gewonnen und ist nun der erste indigene Präsident. Sein Hauptgegner, der neoliberale ehem. Präsident Quiroga, erreichte 28,6%. Dies ist Ausdruck für die Radikalisierung der Bevölkerung.

ZENTRALE FORDERUNGEN VON MORALES

Die zentralen Wahlkampforderungen von Morales waren die Verstaatlichung der Erdgasvorkommen und die Legalisierung des Kokaanbaus. Beide Forderungen spielen eine zentrale Rolle in Bolivien. Bolivien besitzt die 2. größten Erdgasvorkommen Südamerikas und ist zugleich das ärmste Land des Kontinents. Dieser Widerspruch ist auf die imperialistische Ausbeutung des Landes durch das internationale Kapital zurückzuführen. Die Erdgasvorkommen sind v. a. in der Hand von US-Konzernen, die 90% davon exportieren, da dies profitabler ist. Dadurch gibt es in Bolivien eine sehr schlechte

Gasversorgung – Über 70% der Bevölkerung hat keinen Gasanschluss – und hohe Benzinpreise.

Dies, aber auch die von den USA unterstützte Anti-Drogenpolitik der Regierung, die den Bauern den Kokaanbau verbot, da aus Koka u. a. Kokain hergestellt wird, waren – neben der Privatisierung der Wasserversorgung – die Hauptauslöser der Unruhen der letzten Jahre. Mit dem Kokaanbauverbot entzog die Regierung den Bauern ihre Lebensgrundlage, für die es zum Kokaanbau derzeit keine Alternative gibt. Das grundlegende Problem der Kokafrage ist, dass der Protektionismus der "Erste-Welt-Staaten" die landwirtschaftlichen Produkte der neokolonialen Staaten aus dem Markt drängt. Das Problem ist daher nicht durch ein Verbot lösbar.

STARKE ARBEITERINNEN-BEWEGUNG

Die ArbeiterInnenbewegung in Bolivien greift auf eine lange Tradition zurück. Die ArbeiterInnen der Zinnminenindustrie legten die Basis für eine radikale Gewerkschaftsbewegung. Anders als in anderen lateinamerikanischen

Ländern, hat Bolivien keine Tradition von Guerillabewegungen, sondern von Massenbewegungen.

Die Privatisierung der Wasserversorgung, die eine explosionsartige Preiserhöhung zur Folge hatte – Arme Familien mussten bis zu einem Drittel ihres Einkommens für Wasser zahlen! – löste gewaltige Proteste aus. In Cochabamba kam es 2000 zum "Wasserkrieg": Es bildete sich ein Zusammenschluss von ArbeiterInnen, Bauern und StudentInnen, der den dortigen Bechtel-Konzern in die Knie zwang und die demokratische Kontrolle der Bevölkerung über die Wasserversorgung verlangte.

Im Oktober 2003 kam es zu einem Volksaufstand gegen den Ausverkauf der Erdgasvorkommen an US-Konzerne. Dies stellte nur einen Höhepunkt der Proteste gegen die vom IWF diktierten Sparmaßnahmen dar. Der damalige Präsident Gonzalo Sanchez de Lozada, ein korrupter Minenbesitzer und Milliardär, ging hart gegen die DemonstrantInnen vor und es gab viele Tote und hunderte Verletzte. Letztendlich musste er aber ins Exil in die USA fliehen.

Unter seinem Nachfolger, dem Vizepräsident Mesa gab es erneute Proteste, weil es der franz. Konzern Suez seit Jahren unterlassen hatte, die ärmsten Teile von El Alto mit Wasser zu versorgen und 200 000 Menschen keinen Wasseranschluss hatten. Als Mesa weder die versprochene Neuverhandlung des Vertrages mit dem Suez-Konzern, noch die Besteuerung von Erdgasförderung von Konzernen im versprochenen Ausmaß durchsetzte, musste er auf Druck der Massen zurücktreten. Proteste verhinderten den (verfassungsgemäßen) Amtsantritt der konservativen Senatspräsidenten Hornando Vaca Díez. Stattdessen übernahm Rodríguez, der Präsident des obersten Gerichts, die Übergangspräsidentschaft bis zu den Neuwahlen vom 18. 12. 2005.

WER IST EVO MORALES?

Morales, der sich selbst als "Albtraum für die USA" bezeichnet, trat bereits zu den Präsidentschaftswahlen 2002 an, bei denen er auf dem 2. Platz landete. Angesichts seines Erfolges sagte er: "Mit den Wahlen wird das bolivianische Volk Schluss machen mit dem kolonialen Staat und dem neoliberalen Wirtschaftsmodell. Beides hat uns Diskriminierung, Erniedrigung und außerdem die Plünderung der natürlichen Ressourcen gebracht. Aber der Staat muss frei über seine natürlichen Rohstoffe verfügen können. Sie dürfen sich nicht in privaten oder ausländischen Händen befinden."

Morales schwankt in seiner Haltung zwischen radikaler Wortwahl und relativierenden Aussagen. So lässt er zum Beispiel offen, was er mit der Verstaatlichung der Energieressourcen tatsächlich meint: "Wir verstehen und wissen ganz genau, dass unser Land Partner braucht. Wir reden nicht davon, Firmengüter zu konfiszieren oder zu enteignen, denn wir respektieren die Firmen." Mittlerweile versucht Morales die Erwartungen der Bevölkerung zu dämpfen und lehnt die sofortige Verstaatlichung der Erdgasvorkommen ab. "Wir werden für alle regieren, auch für die Unternehmer", begründet er seine Mäßigung.

DIE ROLLE VON MORALES UND MAS

In der Vergangenheit verwendete Morales seine Autorität um die Bewegung zu bremsen: Zur Zeit des "Gaskrieges" 2003 schloss sich Morales dem Vorschlag Mesas an, ein Referendum über das Erdgas abzuhalten. MAS und die Gewerkschaft COB ermöglichten die reibungslose Machtübergabe, obwohl in der Bewegung damals schon radikalere Forderungen verbreitet waren bis hin zu der nach einer ArbeiterInnen- und Bauernregierung. In El Alto bilde-

te sich eine Föderation von Nachbarschaftskomitees (FEJUVE), die eine Art Arbeiterrat war. Beim Referendum erreichte Morales, dass sich die Mehrheit für hohe Steuern für Erdgasförderung aussprach statt für die vom Großteil der Bewegung geforderte Verstaatlichung. Doch Mesa brach sein Versprechen und das Parlament beschloss ein Gesetz, das nicht einmal die, im Referendum beschlossenen Steuern für Erdgasförderung vorsah. COB und FEJUVE organisierten Streiks und Straßenblockaden. Die MAS sah sich unter dem Druck ihrer Basis gezwungen, sich zu beteiligen, nachdem sie vorherige Proteste gegen Mesa als reaktionär beschimpft hatte. Die damals angenommene Forderung der MAS nach einer Verstaatlichung der Erdgasressourcen war ein Resultat des Drucks der Bewegung.

DRUCK AUF MORALES

Welchen Weg Bolivien einschlagen wird, ist noch nicht absehbar. Entscheidend für die Weiterentwicklung wird das Kräfteverhältnis zwischen KapitalistInnen und ArbeiterInnen sein. Klar ist jedoch, dass Morales unter enormem Druck der Massen steht. Die ArbeiterInnenklasse hat durch ihre lange Tradition von Kämpfen die Erfahrung gemacht, dass sie für ihre Rechte kämpfen muss.

Der mächtige Gewerkschaftsdachverband COB hat der neuen Regierung bereits ein Ultimatum gestellt, dass sie 3 Monate Zeit hat um ihr Wahlprogramm umzusetzen – andernfalls werden die Straßenproteste wieder beginnen. Die Gewerkschaft der LehrerInnen droht mit Streiks, falls die Regierung nicht innerhalb von 2 Monaten die Löhne um 20% anhebt und einen Mindestlohn von 700 Euro einführt. Der Generalsekretär des Bündnisses der Bauern warnte bereits: "Wenn die Regierung nichts verändert, wird sie ebenfalls gehen müssen – das kann auch Evo passieren."

Historische Eckdaten

Präsidentschaft Gonzalo Sanchez de Lozadas (1993–97)
1997: Privatisierung der Wasserversorgung von El Alto und La Paz

Präsidentschaft Hugo Banzer Suárez
(Ex-Militärdiktator, 1997–2001)
2000: erfolgreiche "Wasserkriege" in Cochabamba

Präsidentschaft Jorge Tuto Ramírez (2001–2002)

Präsidentschaft Gonzalo Sanchez de Lozadas (2002–2003)
Okt. 2003: Volksaufstand gegen Ausverkauf der Erdgasvorkommen

Präsidentschaft Carlos Mesas (2003–2005)
Jän. 2005: Proteste gegen Wasser-Konzern Suez in El Alto

Präsidentschaft Eduardo Rodríguez (2005–2006)
Festsetzung von Neuwahlen für den 18. Dez. 2005

seit 2005: neuer Präsident: Evo Morales

Nein zu Aufrüstung und Festung EUropa

EU-Außenministertreffen in Salzburg –
Nicht ohne unseren Widerstand

Von Reinhard Rinner,
SLP Salzburg

Am 10. und 11. März 2006 findet in Salzburg im Rahmen der EU-Präsidentschaft das Treffen der EU-Außenminister statt. Für die Salzburger Bevölkerung bedeutet dies beschränkten bis keinen Zugang zu öffentlichen Plätzen und teilweise den eigenen Wohnungen!

KOSTEN: 59 MILLIONEN EURO

Diese Summe fällt an, um die Stadt für die "Weltöffentlichkeit" hübsch zu machen und für die Polizeirepression. Gleichzeitig gab und gibt es Sozialkürzungen: Etwa bei der Tagesaufenthaltsstätte für die Ärmsten der Armen – dem "Saftladen". Künftig kann kein Mittagessen mehr abgegeben werden. Dieses war für viele die einzige ordentliche Mahlzeit am Tag. All das gehört sich offensichtlich nach "gutbürgerlicher" Ansicht für eine Kulturstadt. Ob nun auch wieder das "Einsammeln" der Obdachlosen und ihr kilometerweit entferntes Aussetzen (wie bei den Festspielen) stattfindet, wird sich noch weisen. Die Gesamtkosten für "präsidentschaftsbezogene Ausgaben" wurden vorläufig auf 40 Mio. Euro festgesetzt. Plus 5,4 Mio. im Außenministerium, sowie 13,5 Mio. im Innenministerium für die Sicherheitsvorkehrungen (Quelle: Salzburger Nachrichten). In Schilling wären das insgesamt 810,5 Mio.. Und wofür? Um die Interessen der Europäischen Union in der Welt zu stärken – so steht es zumindest auf der offiziellen Homepage der Bundesregierung zur EU-Präsidentschaft. Doch welche Interessen sind das in einem Europa in dem es Millionen Arbeitslose, geschlossene Grenzen nach Außen, Fol-



tergefängnisse und Aufrüstung gibt?

ASYL-HETZE UND FOLTERGEFÄNGNISSE IN DER EU

Besorgt zeigte sich die "Asylkoordination Österreich" bereits anlässlich der informellen Ratssitzung der EU-Innen- und JustizministerInnen in der Wiener Hofburg im Jänner. "Die EU möchte offensichtlich die Verantwortung für schutzsuchende Menschen weitgehend auslagern", stellte die Asylkoordination fest. Die Flüchtlings-NGOs gelangen vor allem wegen zwei Vorhaben zu dieser Einschätzung. Der Plan, eine Liste "sicherer Drittländer" zu erstellen und die Unterstützung der EU-An-

rainerländer Moldawien, Weißrußland und Ukraine (sowie des ostafrikanischen Tansanias) bei der Errichtung von Flüchtlingslagern. Daneben gibt es noch genügend andere Skandale, die zeigen wie es um die "Menschenrechte" in der EU bestellt ist – z.B. die CIA-Überflüge und die Existenz geheimer Gefangenenlager in Europa. www.amnesty.at listet etwa schlagwortartig folgende Punkte auf: "Großbritannien lässt foltern, Schweden liefert an Folterstaaten aus, Frankreich liefert Waffen nach Darfur, Italien lässt Kinder ertrinken, Spanien lässt auf Flüchtlinge schießen, Slowakei mauert Roma ein, Deutschland liebäugelt mit Folter, Frankreich

lässt prügeln, Polen will zurück aufs Schafott, Frankreich sponsert Folterknechte, Italien exportiert den Tod, Finnland lässt Menschen sprengen."

EU-IMPERIALISMUS IST GENAUSO GEFÄHRlich WIE JENER DER USA

Auch wenn sich populistische (EU-)Politiker, gerne USA-kritisch geben und teilweise sogar behaupten, die EU sei ein Projekt, um die Allmacht der USA zu brechen, ist klar, dass sie nur zu gerne mit dem US-Imperialismus zusammenarbeiten und ebenso skrupellos sind wie dieser. Auch einer der wichtigsten außenpolitischen Pläne der EU für die Zukunft, spricht ei-

ne deutliche Sprache: Die Schaffung einer jederzeit einsetzbaren EU-Armee mit 60.000 Mann, gemeinsame Airbus-Truppentransporter, welche zum Einsatz im Ausland dienen sollen, sowie ein europäisches Satellitenprogramm. Mit diesen Programmen will die EU zur Großmacht werden.

FÜR EIN
SOZIALISTISCHES EUROPA

An ihrer Praxis gemessen ist von der EU-Außenpolitik nichts von ihren scheinheiligen Phrasen zu "Menschenrechte, Frieden, Freiheit" übrig. Wir wollen eine europäische Gemeinschaft, in der nicht die Interessen weniger Superreicher und Bürokraten auf Kosten der Bevölkerung verteidigt werden, sondern nach den Bedürfnissen der Mehrheit gehandelt wird. In diesem Sinne ist die EU nicht reformierbar – ihr Konzept ist es europäische Kapitalinteressen zu verbinden. Europapolitik bedeutet daher heute: Deregulierung, Privatisierung, Steuerwettbewerb, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau – das lehnen zurecht immer mehr Menschen ab. Wir wollen deshalb keine andere EU, sondern eine echte Alternative zu ihr – eine sozialistische Staatenföderation. Deswegen laden wir jedeN ein, der/die seine/ihre Wut gegen diese Politik ausdrücken und gegen sie kämpfen will, mit uns gemeinsam gegen das Außenministertreffen zu demonstrieren! Lassen wir den Etablierten in Österreich sowie Europa nicht die Idylle, die sie sich wünschen. Zeigen wir ihnen, dass sie keine "Volksvertretung" sind, da sie bewusst gegen die Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Auszubildenden und PensionistInnen handeln.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!